

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

nun stecken sich „die Politiker“ wieder mehr Geld ein! Die Emotionen kochen hoch im Land, im Landtag herrscht dicke Luft. Abgesehen davon, dass es „die Politiker“ nicht gibt: Empörung ist berechtigt. Befeuert wurde sie auch durch Äußerungen wie jener des SPD-Abgeordneten Mario Pecher, der sich in der MDR-Sendung „Fakt ist ...!“ mehr Mittel ausbat, um der örtlichen Feuerwehr auch mal ein Fass Bier spendieren zu können. Mit Steuergeld, wohlgermerkt!

Mit der Änderung des Abgeordneten-gesetzes nach dem Prinzip „Mit dem Kopf durch die Wand“ haben CDU und SPD die Sachkostenpauschale um 1.000 Euro erhöht, ohne eine belastbare Kostenrechnung vorgelegt zu haben. Hinzu kommt die in letzter Minute abgeschwächte, aber noch immer sehr komfortable Rentenregelung. Die Koalition versuchte vergeblich, der Opposition die Schuld am anschließenden Aufschrei zuzuschreiben. Nun zanken CDU und SPD um die Frage, wer von ihnen eigentlich mit der ganzen Chose angefangen hat.

Ohne Demut, aber mit umso mehr Arroganz haben CDU und SPD zur Politiker-Verdrossenheit beigetragen und Wasser auf die Mühlen derer gegossen, die das System der parlamentarischen Demokratie insgesamt in Frage stellen. Die Rechte der Opposition wurden im Gesetzgebungsverfahren teilweise mit Füßen getreten. Am Ende erleiden das ganze Parlament und die ganze Demokratie einen Ansehensverlust, den wir uns alle nicht leisten können.

Wir blieben zwar trotz unserer Kritik bei der Abstimmung in der Minderheit. Wenn Aussicht auf Erfolg besteht, werden wir die Entscheidung aber vor dem Verfassungsgerichtshof in Leipzig angreifen. Mehr zum Thema im Innenteil!

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Sachsen-Etat steht – doch sozial gerecht ist er nicht

Es ist der 10. Juli 2014. Wir befinden uns im Plenarsaal, in dem der Ministerpräsident zur letzten Regierungserklärung vor der Landtagswahl anhebt. Sein Thema: „Auf solidem Fundament erfolgreich für Sachsens Zukunft“. Man kennt solche Reden seit Jahren: „Dass Sachsen so gut dasteht, ist ein Riesenerfolg“; „Jetzt, nach 25 Jahren Wiederaufbau, sagen wir selbstbewusst: Uns geht es gut“; „Wir waren dabei in den letzten Jahren sehr erfolgreich“. Und so weiter, und so fort. Die Sachsen kennen keine Probleme, alles in bester Ordnung! Als der Landtagspräsident hernach „unserem Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich“ dankt, schallt es von Karl Nolle, Abgeordneter der damals noch oppositionellen SPD, ironisch: „Hurra! Hurra! Hurra!“

Ein knappes Jahr später und mithin beim April-Plenum des Landtages hielt der Ministerpräsident wieder eine solche Rede, zur Einbringung des Haushaltsentwurfes 2015/2016. Die SPD sitzt inzwischen mit am Kabinetts-tisch, Karl Nolle ist aus dem Landtag ausgeschieden. Eines aber hat sich nicht geändert: Tillichs Worte strotzen von Heimmattümelei, Selbstlob, Gefühlsduselei. „Heute ist unsere Heimat schöner und lebenswerter denn je, und wir sind ein gutes Stück in Richtung Spitze vorangekommen. Was damals Zukunftshoffnung war, haben wir selbst Wirklichkeit werden lassen, indem wir Verantwortung übernommen haben“. Der Staatshaushalt sei, so Tillich, „ein Zukunftswerk für ein modernes Sachsen, das Kräfte freisetzt“. „Hurra“, möchte man auch heute wieder rufen!

Bis heute zehrt die sächsische CDU vom „Sachsen-Mythos“, einem spezifischen „Sachsengefühl“, das „König Kurt“ Biedenkopf nach der „Friedlichen Revolution“ entwickelte und das dem Freistaat mindestens in Sachsen eine Vorreiterrolle zuschreibt. Doch neben patriotischen Parolen und brä-siger Feierlichkeit stehen Probleme, über die keine Worte der Welt hinweg-täuschen können. **Oppositionsführer Rico Gebhardt** fiel deshalb die Aufgabe zu, klarzustellen, dass eben doch nicht alles blinkt und blitzt in Sachsen. Er begann seine Erwidern mit einem Blick auf das rot-rot-grün regierte Nachbarbundesland Thüringen. Von dort und nicht aus Sachsen kam die Nachricht: „Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit gestartet“. Es soll mindestens eintausend Menschen sofort zugutekommen, die bisher auf



dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr hatten. Insofern ergänzt es das in Thüringen bereits bestehende Landes-arbeitsmarktprogramm zur Integration von langzeitarbeitslosen Menschen. In Sachsen seien solche Bemühungen nicht in Sicht, kritisierte Gebhardt. Dabei sei lange bekannt, dass es hier überdurchschnittlich viele Langzeitarbeitslose, ältere Erwerbslose, Hartz-IV-AufstockerInnen, LeiharbeiterInnen und Menschen mit Hartz-IV-Dauerbezug gibt. „Daraus ergibt sich ein über-durchschnittlicher Handlungsbedarf, dem diese CDU/SPD-Koalition bisher in keiner Weise gerecht wird“.

Tatsächlich sei der neue Doppelhaus-halt nichts weiter als der Versuch, Schäden zu reparieren, den ein Teil der Koalition – die CDU regiert seit 25 Jahren – selbst verursacht hat. Doch selbst das gelinge nur teilweise, so Gebhardt. Es könne keine Rede davon sein, dass der Haushalt „die Zukunftsmacher in Sachsen stärke“, wie Tillich behauptete. Das zeige sich schon bei der frühkindlichen Bildung. Zwar soll dort in Zukunft mehr Personal eingesetzt werden, der Betreuungsschlüssel schrittweise verbessert werden. Allerdings wick die Koalition nur nach massivem Protest – auch von der Opposition – von ihrem Plan ab, diese Reform mindestens zur Hälfte von den Eltern bezahlen zu lassen. Zu nichts anderem hätte die Erhöhung der prozentualen Obergrenze für Elternbeiträge von 30 auf 33 Prozent geführt. Die ist nun vom Tisch – wurde aber durch eine neue Mogelpackung ersetzt. Im Krippenbereich soll der Personal-Schlüssel von sechs Kindern pro ErzieherIn auf fünf Kinder pro ErzieherIn verbessert werden. Gleichzeitig aber sollen bis zu 20 Prozent Assistenzkräfte ohne pädagogische Ausbildung eingesetzt werden dürfen. Damit wird die Zahl der Fachkräfte trotz des Personal-Zuwachses sinken.

Auch auf den beiden größten Baustellen der Landespolitik herrsche Stillstand, bemängelte der LINKEN-Fraktionschef. Der Personalabbau bei der Polizei gehe trotz steigender Kri-

minalität unterm Strich weiter. Auch an den Schulen würden keine Fundamente für die Zukunft errichtet. Entgegen der Ankündigung im Koalitionsvertrag, insgesamt 1.000 zusätzliche LehrerInnen einzustellen, werden langfristig nur die Lehrkräfte ersetzt, die in den Ruhestand gehen. Für zusätzliche LehrerInnen, die die Koalition ankündigt, sind im Haushalt gar keine Personalstellen ausgewiesen. Dabei hatte schon der damalige Kultusminister Roland Wöllner seinen Hut nehmen müssen, weil sein Ministerium Pädagoginnen und Pädagogen einstellte, für die gar keine Stellen eingeplant waren.

Das Hauptversäumnis der Koalition bleibe, so Gebhardt, dass sie die Kürzungen von 2010 nicht vollständig zurückgenommen hat. Dabei hat es anstelle der von Finanzminister Unland prophezeiten massiven Steuermindereinnahmen sogar leichte Steuermehreinnahmen gegeben. Der oberste Spar-Kommissar aber hat den Freistaat in den vergangenen vier Jahren im Durchschnitt um 750 Millionen Euro jährlich zu arm gerechnet und damit dem Landtag Gestaltungsspielraum entzogen. DIE LINKE will diesen Spielraum nutzen – mit über hundert Änderungsanträgen in den Ausschüssen legten wir, wie schon sieben Male zuvor, unsere Alternativen im Rahmen des Gesamthaushaltes vor, ohne mit Schulden zu planen. Beispielsweise schlugen wir vor, den besseren Kita- bzw. Krippen-Personalschlüssel komplett mit Fachkräften umzusetzen. Für den sozialen Wohnungsbau wollten wir 30 Millionen Euro zusätzlich einplanen, die Krankenhausfinanzierung auf ein bedarfsgerechtes Niveau anheben. Hinzu kommen Initiativen für eine bessere Aufnahme von Flüchtlingen, mehr Mittel für Kita-Investitionen oder eine millionenschwere kommunale Investitions-pauschale.

CDU und SPD schmetterten in gewohnter Weise auch diese Initiativen ab. „Bis Sachsens Landes-Etat in Zahlen gegossene Solidarität ist und wir vielen Menschen eine tatsächliche ‚Zukunftshoffnung‘ machen können, haben wir noch Jahre harter Arbeit vor uns“, fasste Rico Gebhardt zusammen. Bis dahin werden wir auch noch viele schöngefärbte Reden von CDU-Vertretern hören. Die werden uns aber nicht davon abhalten, immer wieder Druck zu machen für ein soziales Sachsen.

Von Demut, Diäten und Deppen

„Abgeordnete sind nicht die Deppen der Nation. Wir haben eine Verantwortung für unser Land. Und dieser Verantwortung werden wir gerecht. Und für diese Verantwortung bin ich mir auch wert, ordentliches Geld zu verdienen“. Sichtlich entnervt rechtfertigte sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Frank Kupfer, am Tag der Entscheidung über die Abgeordnetenentschädigung. Verantwortung, das ist in vielen Jobs ein Argument für gute Bezahlung, sie sollte es zumindest sein – auch bei Altenpflegern oder Busfahrerinnen. Doch wer kann ermesen, ob Abgeordnete ihrer Verantwortung gerecht werden? Die Folgen von Fehlentscheidungen, die Parlamentarier bekanntlich nicht allein treffen, zeigen sich oft erst später. Selbst dann ist es kaum möglich, sie zur Verantwortung zu ziehen.

Doch der Reihe nach. Auch ein emotionales Thema verdient einen sachlichen Blick. Selbstverständlich sollen Parlamentarier genug Geld verdienen, um unabhängig zu sein, auch im Alter. Sie sollen auch genug Mittel für mandatsbezogene Aufwendungen erhalten. Über ihre Einkünfte können sie selbst bestimmen, sie müssen es sogar. Das hat das Bundesverfassungsgericht 1975 festgestellt.

Schon heute haben Sachsens Abgeordnete keinen Grund, sich zu beklagen. Sie erhalten monatlich eine Grundentschädigung (Diät) in Höhe von derzeit 5.212,54 Euro, auf die übliche Steuern und Sozialabgaben zu entrichten sind. Der Betrag wird jährlich angepasst, gekoppelt an die wirtschaftliche Entwicklung. Hinzu kommt

eine steuerfreie Aufwandspauschale, deren Höhe davon abhängt, wie weit entfernt vom Parlamentsgebäude ein Abgeordneter wohnt. Momentan liegt sie zwischen 2.135 und 3.099 Euro, die laut Abgeordnetengesetz für mandatsbedingte Aufwendungen zu verwenden sind – etwa Büromieten, Fahrt- und Kommunikationskosten oder Arbeitsmaterial. Hinzu kommen ein Budget für die Beschäftigung von Mitarbeitern, eine Einmalzahlung für die Büroausstattung und ein jährlicher Betrag für den Empfang von Besuchergruppen im Landtag. Auch besteht ein kompliziertes Altersversorgungssystem.

Bei der Reform des Abgeordnetengesetzes sorgten vor allem zwei Punkte für Aufruhr. Der erste ist die drastische Erhöhung der steuerfreien Aufwandspauschale um 1.000 Euro pro Monat. Warum CDU und SPD eine so große Schippe drauflegen wollten, haben sie nie erklärt. Es gibt auch keine Kostensteigerung, mit der dieser Zuwachs zu rechtfertigen wäre. Das Ergebnis ist eine Diätenerhöhung durch die Hintertür, die wir ablehnen.

Der zweite Punkt ist die Reform der Altersvorsorge. Fünf Minuten vor zwölf rückten CDU und SPD von ihrem Plan ab, Parlamentariern nach 17 Jahren im Landtag die abschlagsfreie Rente mit 60 zu ermöglichen. Der Kompromiss ist aber ebenfalls eine Mogelpackung. Der Anspruch auf Rente mit 63 besteht nun bereits nach 15 Jahren Parlaments-Zugehörigkeit; mit maximal 70 Prozent der Höhe der Diäten liegt er auch weit über dem, was „normale“ Angestellte erwarten dürfen.



Mit den Oppositionsfraktionen wurde über all das nicht verhandelt – obwohl wir das im Interesse des Ansehens des Landtages mehrfach angeboten hatten. So blieben uns nur harsche Kritik und die Ablehnung der Neuregelungen. Die stehen rechtlich auf tönernen Füßen. Der **LINKE Rechtsexperte Klaus Bartl** führte den Regierungsfaktionen vor Augen, welche politischen und möglicherweise auch gesetzeswidrigen Verstöße sie begangen haben. Die CDU- und SPD-Landtagsmehrheit habe für das Beratungs- und Gesetzgebungsverfahren „einen Zeit- und Termindruck“ entwickelt, „der von vornherein Intransparenz, Verletzung von Rechten der Abgeordneten und von Minderheitsrechten der Opposition sowie von Rechten der Fraktionen in Kauf nahm“. Allein, alle Warnungen vor Verfahrensfehlern – auch in den Wochen zuvor – verfielen nicht. Infolgedessen prüft die Fraktion DIE LINKE jetzt rechtliche Schritte, um

das Gesetz vor dem Verfassungsgerichtshof angreifen zu können. **Sebastian Scheel, Parlamentarischer Geschäftsführer**, rief der Koalition zu: „Am Ende leiden wir auch mit, weil die öffentliche Wahrnehmung des Abgeordneten und seiner Stellung in der Gesellschaft ein ernsthaftes Problem bekommt. Was Ihnen fehlt, sind meines Erachtens die Demut vor der Aufgabe und der Respekt vor dem Parlament!“.

Abgeordnete tragen viel Verantwortung, für das Ansehen des Parlaments wie der Demokratie selbst. Mit Blick auf das Gezerre um das Abgeordnetengesetz kann man allerdings nur zum polemischen Schluss kommen: Hier haben sich CDU und SPD – abgesehen von drei standhaften Abwechslern, darunter SPD-Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange – ordentlich zu Deppen gemacht. Und den Sächsischen Landtag gleich mit.

Sachsen ist nicht arm. Es wird arm gerechnet!

Die sächsische Gesellschaft wird vielfach gespalten – in Arme und Reiche, Menschen mit und ohne Behinderung, Einheimische und Zugewanderte. Diese Spaltungen wollen wir schrittweise überwinden – auch mit unserem alternativen Haushaltsentwurf. Im Sinne des sozialen Ausgleichs beantragten wir, im Jahr 2015 insgesamt 404 und im Jahr 2016 insgesamt 486 Millionen Euro anders einzusetzen, als es die Regierung plant. Das alles ist bezahlbar – durch eine realistische Einschätzung der Einnahmen und den Verzicht auf Unnützes, darunter das Landesamt für Verfassungsschutz (als Frühwarnsystem erwiesenermaßen untauglich), das geplante länderübergreifende Polizei-Abhörzentrum, die Standortkampagne „So geht sächsisch“ oder einen überhöhten Zuschuss für den Katholikentag 2016. Schon mit diesen vier Kürzungen ließen sich mehr als 30 Millionen Euro einsparen.

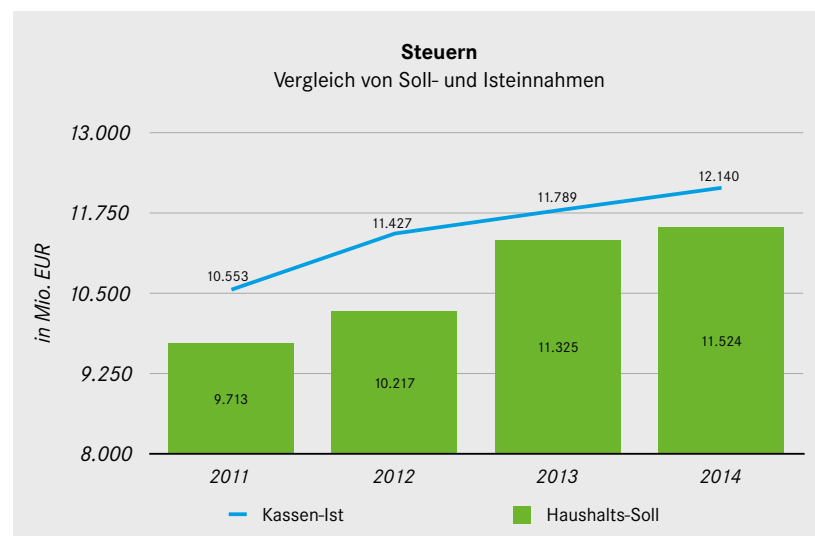
Noch wichtiger aber ist es, Einnahmen stärker als bisher zu investieren, anstatt unverhältnismäßig große Rücklagen anzuhäufen. Sparsamkeit ist gut und wichtig. „Wenn Sparsamkeit aber dazu führt, dass die notwendigen Aufgaben

im Staat nicht erfüllt werden können, dann ist sie nicht vorteilhaft, sondern nachteilig für alle Bürgerinnen und Bürger“, so der **Finanzexperte der Linksfraktion, Sebastian Scheel**. 3,13 Milliarden Euro an Steuern hat Sachsen seit 2011 mehr eingenommen als geplant – Geld, das dringend gebraucht wird, etwa für Schulen und Hochschulen oder die Polizei. Der Finanzminister

aber rechnet Sachsen seit Jahren künstlich arm und schafft Milliardenüberschüsse am Landtag vorbei. Dabei rühmt sich die CDU bei jeder Gelegenheit für ihre „solide Finanzpolitik“. Zu einer solchen würde es aber auch gehören, Einnahmen bestmöglich einzusetzen. Das haben wir vorgeschlagen und eine dreistellige Zahl von Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf eingebracht.

Überhaupt sind Katastrophenszenarien über die finanzielle Lage des Freistaates fehl am Platze. Das zeigt ein tieferer Blick auf die Struktur der Staatsverschuldung. Etwa 11,4 Milliarden Euro Staatsschulden hatte Sachsen im Jahr 2013. Die zerfallen in drei ähnlich große Teile. Etwa 3,5 Milliarden bestehen aus schon bewilligten, aber nicht aufgenommenen Krediten, für die also auch keine Zinsen anfallen. Ermächtigungen, diese Kredite aufzunehmen, hat der Landtag dem Finanzminister teilweise schon vor Jahren erteilt. Sie könnten problemlos zurückgenommen werden. Ein zweiter Teil der sächsischen Staatsschulden – 3,8 Milliarden Euro – hat sich der Freistaat bei sich selbst geborgt, also vereinfacht gesagt den Rücklagen entnommen. Zinsen dafür zahlt er sich selbst. „Nur“ vier Milliarden schließlich sind „richtige“ Schulden bei Banken. Klar ist: Sachsen hat kein Schulden-, aber ein Gerechtigkeitsproblem!

Der soziale Ausgleich ist bezahlbar. Auf der folgenden Seite haben wir einige unserer konkreten Änderungsvorschläge für wichtige Bereiche überblicksartig aufgeführt.



Von unseren insgesamt mehr als einhundert Änderungsanträgen wurde knapp die Hälfte im Plenum behandelt. Damit wollten wir erreichen, dass bestimmte Beträge in den Jahren 2015 und 2016 anders eingesetzt werden. Beispiele gefällig? Hier ein Überblick. Die genannten Zahlen beziehen sich stets auf die jeweilige Gesamtsumme in beiden Haushaltsjahren. Für jeden Posten haben wir Deckungsvorschläge gemacht.

BILDUNG & SCHULE

- + 97.500 Euro zur Schaffung einer Koordinierungsstelle für politische Bildung (Regierungsentwurf: 0 Euro)
- + 40 Millionen Euro zusätzlich für den Schulhausbau, vorrangig in den kreisfreien Städten (Regierungsentwurf: 80 Millionen Euro)
- + 5,8 Millionen Euro zusätzlich für neue Referendariats-Stellen an Grundschulen (Regierungsentwurf: 17,3 Millionen Euro)
- + 53,5 Millionen Euro für Schulsozialarbeit (Regierungsentwurf: 0 Euro)
- + 1,79 Millionen Euro zusätzlich zur Verbesserung der Betreuungsqualität in Kitas (Regierungsentwurf: 4,81 Millionen Euro)
- + 20 Millionen Euro zusätzlich für Rekonstruktion und Neubau von Kindertagesstätten (Regierungsentwurf: 10 Millionen Euro)
- + 18,35 Millionen Euro zusätzlich für mehr Personal zur Umsetzung der Inklusion (Regierungsentwurf: mindestens 30.000 Euro)
- + 8,01 Millionen Euro zusätzlich zur Verbesserung der Ganztagsangebote entsprechend der gestiegenen Schülerzahlen (Regierungsentwurf: 23,98 Millionen Euro)

= **147,5 Millionen Euro mehr für bessere Bildung in Sachsen!**

INNERES & INTEGRATION

- + 750.000 Euro zusätzlich für die personelle Aufstockung der sächsischen Arbeitsschutzbehörden, damit es wieder mehr Kontrollen geben kann (Regierungsentwurf: 13,4 Millionen Euro)
- + 30 Millionen Euro zusätzlich für bezahlbares Wohnen auch für einkommensschwache und Familienhaushalte. Bei Neubau, Umbau und energetischer Sanierung soll ein Baukostenzuschuss gezahlt werden (Regierungsentwurf: 89,27 Millionen Euro)
- + 22,5 Millionen Euro zusätzlich für den Abbau des Investitionsstaus in den sächsischen Sportstätten (Regierungsentwurf: 30,88 Millionen Euro)
- + 137,44 Millionen Euro zusätzlich für die Kommunen, damit sie Flüchtlinge menschenwürdig und unter zumutbaren Wohn- und Lebensbedingungen unterbringen und betreuen können (Regierungsentwurf: 242,56 Millionen Euro)

= **190,69 Millionen Euro mehr für ein lebenswertes Sachsen für alle!**

WISSENSCHAFT & KUNST

- + 4,84 Millionen Euro zusätzlich zur Förderung angewandter Forschung an Fachhochschulen (Regierungsentwurf: 15,16 Millionen Euro)
- + 3 Millionen Euro für Investitionen der Studentenwerke (Regierungsentwurf: 0 Euro)
- + 15 Millionen Euro zusätzlich für die Stärkung von Lehre und Forschung an Hochschulen, beispielsweise durch Verstärkung des Mittelbaus, Tutorien, wissenschaftliche Hilfskräfte, Wiedereinstiegsstipendien (Regierungsentwurf: 25 Millionen Euro)
- + 900.000 Euro zusätzlich zur Förderung der Musikschulen, weil die Schülerzahlen steigen (Regierungsentwurf: 11,1 Millionen Euro)
- + 10 Millionen Euro zusätzlich für die Förderung der Kulturräume, also für Theater, Orchester und anderes mehr (Regierungsentwurf: 112,6 Millionen Euro)

= **33,74 Millionen Euro mehr für Wissenschaft und Kunst!**

WIRTSCHAFT & FINANZEN

- + 10 Millionen Euro für die Zweckverbände des Schienen-Personennahverkehrs (Regierungsentwurf: 0 Euro)
- + 162 Millionen Euro zusätzlich für Investitionen der Städte, Gemeinden und Landkreise, um Instandhaltungsrückstände abzubauen und die Infrastruktur modernisieren zu können. Auch in Asylsuchendenunterkünfte soll investiert werden (Regierungsentwurf: 38 Millionen Euro)
- + 10 Millionen Euro für die Unterstützung der Kommunen bei der Finanzierung von Lernmitteln (Regierungsentwurf: 0 Euro)

= **182 Millionen Euro mehr für die Kommunen zur Förderung von Mobilität und Bildung!**

POLIZEI & JUSTIZ

- + 3,495 Millionen Euro zusätzlich, um den Einstellungskorridor für Polizeianwärterinnen und -anwärter zu verbreitern. Künftig sollen jährlich mindestens 500 neue Polizistinnen und Polizisten angestellt werden, nicht nur 400 wie nach dem Willen der Staatsregierung (Regierungsentwurf: 27,9 Millionen Euro)
- + 396.600 Euro zusätzlich, um die planmäßigen Richterstellen an den Ordentlichen Gerichten um weitere sechs Stellen zu erhöhen (Regierungsentwurf: 288,5 Millionen Euro)
- + 143.400 Euro zusätzlich, um die Stellen für Justizsekretäre an den Ordentlichen Gerichten um weitere vier Stellen zu erhöhen (Regierungsentwurf: 96,8 Millionen Euro)
- + 747.300 Euro zusätzlich, um die Zahl der planmäßigen Beamten im Justizvollzug um weitere 20 Stellen zu erhöhen (Regierungsentwurf: 109,75 Millionen Euro)
- + 590.100 Euro zusätzlich, um die Zahl der Stellen für Sozialarbeiter und Psychologen im Justizvollzug um weitere zehn Stellen zu erhöhen (Regierungsentwurf: 29,7 Millionen Euro)

= **5,37 Millionen Euro mehr für eine arbeitsfähige Justiz und eine leistungsfähige Polizei!**

SOZIALES

- + 405.000 Euro zusätzlich für sechs neue Angestellte im Landesjugendamt, um die unzureichende Personalausstattung zu verbessern (Regierungsentwurf: 19,58 Millionen Euro)
- + 5,17 Millionen Euro zusätzlich für die Erhöhung der Jugendpauschale auf den Stand von 2009. Dadurch erhalten die Kommunen wieder mehr Geld zur Förderung der Jugendarbeit (Regierungsentwurf: 30,6 Millionen Euro)
- + 4,14 Millionen Euro zusätzlich für die Jugendhilfe (Regierungsentwurf: 11,9 Millionen Euro)
- + 13 Millionen Euro zusätzlich für eine angemessene Erhöhung des Nachteilsausgleichs nach Landesblindengeldgesetz für gehörlose Menschen entsprechend des Landesblindengeldes (Regierungsentwurf: 17,6 Millionen Euro)
- + 20 Millionen Euro für Maßnahmen zur Herstellung umfassender Barrierefreiheit im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (Regierungsentwurf: 0 Euro)
- + 18 Millionen Euro zusätzlich für den Ausbau der Telemedizin, also die medizinische Betreuung über Mittel der Telekommunikation (Regierungsentwurf: 2 Millionen Euro)
- + 1,69 Millionen Euro zusätzlich für Einrichtungen, die Opfer häuslicher Gewalt schützen, und für die Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel (Regierungsentwurf: 2,5 Millionen Euro)
- + 30 Millionen Euro zusätzlich für Krankenhausinvestitionen (Regierungsentwurf: 200 Millionen Euro)

= **92,4 Millionen Euro mehr für ein soziales Sachsen!**

LINKE
Vorschläge
für einen
gerechten
Sachsen-Etat
2015/16

Jetzt bewerben für den Preis „Gelebte Willkommenskultur und Weltoffenheit“ 2015

Um Engagement für ein friedliches Zusammenleben von Geflüchteten und Einheimischen in Sachsen zu unterstützen, hat die Fraktion DIE LINKE anlässlich des Weltflüchtlings-tages am 20. Juni den Preis **„Gelebte Willkommenskultur und Weltoffenheit in Sachsen – 2015“** ausgeschrieben. Der Preis wird in zwei Kategorien vergeben: „Praktische Hilfe“ und „Politisches Engagement“. Beide sind jeweils mit 750 Euro dotiert. Die Finanzierung der Preisgelder erfolgt aus Spenden unserer Abgeordneten.

Für den Preis können sich Personen, Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände bewerben, die sich im Bereich der Arbeit mit Flüchtlingen oder Migrantinnen und Migranten engagieren, sofern sie in Sachsen wohnhaft und tätig sind. Der Preis soll würdigen, dass sie sich vorbildlich und öffentlich wirksam für eine gelebte Willkommenskultur sowie für Weltoffenheit und kulturelle Vielfalt einsetzen. Die Engagierten können sich selbst für den Preis bewerben oder von Dritten vorgeschlagen werden. Der Bewerbung bzw. dem Vorschlag ist eine aussagekräftige schriftliche Beschreibung der jeweiligen Tätigkeit, der Initiative, des Projektes, der Aktion bzw. Leistung beizufügen.



Bewerbungen und Vorschläge können – unter Ausschluss des Rechtsweges – **bis zum 30. Mai 2015** an die folgende Adresse eingereicht werden:

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
 Stichwort: „Gelebte Willkommenskultur und Weltoffenheit in Sachsen – 2015“
 Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
 01067 Dresden

Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Jury, der neben den Fraktionsmitgliedern Marion Junge, Juliane Nagel und Lutz Richter auch Johanna Stoll von der Jüdischen Gemeinde Dresden und Emiliano Chaimite vom Ausländerrat Dresden e. V. angehören. Die Preisverleihung findet am 19. Juni 2015 statt.

Bei der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag soll frühestmöglich, zum 1. Juni 2015, eine **Teilzeitstelle** (30-Stunden-Wochenarbeitszeit) als

Parl.-wiss. Berater_in / Jurist_in

befristet bis zum Ende der 6. Wahlperiode des Sächsischen Landtages besetzt werden.

Als **Voraussetzungen** werden ein abgeschlossenes Hochschulstudium der Rechtswissenschaften (Diplomjurist_in) oder 2. Juristisches Staatsexamen (ass. iur.), ausgewiesene berufliche Erfahrungen vorzugsweise auf dem Gebiet des Sozialrechts, Erfahrungen im Bereich der parlamentarischen Beratungstätigkeit und der Parlamentsarbeit sowie ein der Partei DIE LINKE nahestehendes politisches Grundverständnis erwartet. Dienort ist Dresden. Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den TV-L in der Entgeltgruppe 12 (Tabelle Ost).

Detaillierte Auskünfte zu den Anforderungen und Aufgaben finden Sie im Internet unter: www.linksfraktion-sachsen.de

Ihre aussagekräftige **schriftliche Bewerbung** richten Sie bitte mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse, Tätigkeitsnachweise etc.) **bis zum 15. Mai 2015** an:

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
 z.Hd. Fraktionsgeschäftsführer
 Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
 01067 Dresden



Plenarspiegel April 2015

Die 11., 12. und 13. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden vom 27. April bis 30. April 2015 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Dringliche Anträge

– Dringlicher Antrag der 27 Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und der 8 Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drs 6/1241 zur **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses** gemäß Artikel 54 Absatz 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen zum Thema: „Untersuchung möglicher Versäumnisse und etwaigen Fehlverhaltens der Staatsregierung und der ihrer Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht unterliegenden Sicherheits-, Justiz-, Kommunal- und sonstigen Behörden im Freistaat Sachsen beim Umgang mit der neonazistischen Terrorgruppe, die sich selbst als ‚Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)‘ bezeichnet, deren personell-organisatorischem Umfeld und etwaigen Unterstützernetzwerken, insbesondere im Hinblick auf ihre Entstehung, Entwicklung und ihr Agieren in bzw. von Sachsen aus sowie bei der Aufklärung, Verfolgung und Verhinderung von Straftaten, die der Terrorgruppe ‚NSU‘ und ggf. den mit ihr verbundenen Netzwerken zurechenbar sind und den hieraus zu ziehenden Schlussfolgerungen (**Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen**)“

– Dringlicher Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drs 6/1399 zur Festlegung der Zahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“

Wahlen zum 1. Untersuchungsausschuss „Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“ (Drs 6/1403, 1404, 1405):

– **Mitglieder** für die Fraktion DIE LINKE im 1. UA sind **Kerstin Köditz, André Schollbach, Mirko Schultze** und **Lutz Richter**.

– **Stellv. Mitglieder** sind **Klaus Bartl, Sarah Buddeberg, Juliane Nagel, Falk Neubert, Luise Neuhaus-Wartenberg, Janina Pfau, Sebastian Scheel** und **Enrico Stange**

Die Fraktion DIE LINKE stellt die **stellv. Vorsitzende** – **Kerstin Köditz**.

Aktuelle Debatte

Aktuelle Debatte auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema **„Keine Vorratsdatenspeicherung 2.0. – meine Daten gehören mir“**

Gesetzentwürfe

– **2. Lesung** des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE in Drs 6/1094 **„Gesetz zur Einführung eines Gedenktages zum Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus am 8. Mai 1945“** zusammen mit Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drs 6/1517

– **1. Lesung** des Gesetzentwurfes der Fraktion DIE LINKE in Drs 6/1398 **„Gesetz zur Bewältigung des Strukturwandels in den von Braunkohleabbau und -verstromung geprägten Regionen in Sachsen (Sächsisches Strukturwandelfördergesetz – SächsStruktFördG)“**

Große Anfrage

– **„So geht sächsisch“ – Standortkampagne für den Freistaat Sachsen** (Drs 6/762), Entschließungsantrag (Drs 6/1586)

Anträge

– Antrag der Fraktion DIE LINKE „Sächsisches Forschungsprojekt zur **Schicksalsklärung von sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges** fortsetzen“ (Drs 6/1218)

– Antrag der Fraktion DIE LINKE „Erarbeitung eines ‚Sächsischen Aktionsplanes zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (**UN-Behindertenrechtskonvention**)‘ als ein verbindliches menschenrechtliches Instrumentarium“ (Drs 6/1384)

Entschließungsantrag

– Drs 6/1566 zum „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 und die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2015 und 2016“ in Drs 6/777

Änderungsanträge

– Komplexantrag in Drs 6/1564 zum Doppelhaushalt 2015/2016

– Zu den Einzelplänen der Staatsministerien im Doppelhaushalt stellte die Fraktion insgesamt 43 Änderungsanträge (Drs 6/1432 bis 1436 und 1438 bis 1475).

– Zum Haushaltsbegleitgesetz 2015/2016: Drs 6/1567 (Art. 17 und 18) und Drs 6/1568 (Art. 16b und 16e)

Sammeldrucksache 6/1393

– Antrag der Fraktion DIE LINKE „Tilliches Chefsache ‚Asyl-Gipfel‘ – Erfolgsbilanz des Lenkungsausschusses Asyl im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/897)

Auf Empfehlung der Ausschüsse lehnte die Mehrheit im Plenum diese Anträge ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de bzw. <http://edas.landtag.sachsen.de>

Impressum

Fraktion DIE LINKE
 im Sächsischen Landtag
 Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
 01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
 Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
 Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
 Fraktion im Sächsischen Landtag